



Hagen

Stadt der
FernUniversität

Jöra Dehm

Präsidentin des Landtags
Frau Carina Gödecke
Platz des Landtags 1
40002 Düsseldorf

 März 2013

**Resolution des Rates der Stadt Hagen
"Gegen die Privatisierung der Wasserversorgung"**

Sehr geehrte Frau Präsidentin Gödecke,

der Rat der Stadt Hagen hat auf Vorschlag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv sowie CDU in seiner Sitzung am 21.02.2013 einstimmig eine Resolution "Gegen die Privatisierung der Wasserversorgung" beschlossen. Er lehnt ausdrücklich die Planungen der Europäischen Union ab, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen.

Den Resolutionsbeschluss vom 21.02.2013 sowie den Antrag der Fraktionen habe ich Ihnen als Anlage beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen





ÖFFENTLICHE BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Betreff:

Gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Hagen Aktiv
hier: Resolution gegen die Privatisierung der Wasserversorgung
Vorlage: 0135/2013

Beschlussfassung:

Gremium: Rat der Stadt Hagen
Sitzungsdatum: 21.02.2013
Sitzung: RAT/01/2013, Öffentlicher Teil, TOP 4.3

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen spricht sich gegen die Gesetzesinitiative des Europäischen Parlaments zur "Liberalisierung des Trinkwassermarktes" aus. Er lehnt ausdrücklich die Planungen der Europäischen Union ab, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen. Die Wasser- und Abwasserwirtschaft darf nicht unter den Zuständigkeitsbereich der Binnenmarktregelung fallen.

Der Rat der Stadt Hagen fordert sowohl die Bundesregierung, die Europaabgeordneten wie auch die Europäische Kommission auf,

- sich für einen Gesetzesvorschlag für das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen einzusetzen und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen zu fördern,
- die Wasserwirtschaft von der Liberalisierungsagenda auszuschließen und aus der EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen,
- die kommunale Wasserversorgung zu stärken, Optionen zur Rekommunalisierung und zur Bildung von interkommunalen Wasserversorgungsverbänden zu gewährleisten.

Der Rat der Stadt Hagen fordert die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich



gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission in der bestehenden Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.

Der Rat der Stadt Hagen spricht sich darüber hinaus grundsätzlich gegen eine Veräußerung der Wasserversorgung in Hagen an private Dritte aus.

Der Rat der Stadt Hagen unterstützt ausdrücklich sowohl die Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« als auch die Position des Deutschen Städtetags, der sich eindeutig für den Verbleib der Wasserversorgung in öffentlicher Hand ausgesprochen hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Jörg Dehm
Oberbürgermeister

Melanie Langer
Schriftführerin